

(F. Ebert, O. Landsberg, Ph. Scheidemann [SPD], E. Barth, W. Dittmann, H. Haase [USPD]) veröffentlichte am 12.11. sein bürgerlich-reformistisches Regierungsprogramm, das die Bestrebungen der revolutionären Massen in bürgerlich-parlamentarische Bahnen lenken und die Entmachtung von Imperialismus und Militarismus verhindern sollte. Zur Niederschlagung der Revolution schloß F. Ebert am 10.11. mit der Obersten Heeresleitung ein Geheimabkommen. Der kaiserliche Regierungs- und Verwaltungsapparat wurde nicht beseitigt. Das am 15. 11. zwischen rechten Gewerkschaftsführern (C. Legien u. a.) und Repräsentanten der Monopolbourgeoisie (H. Stinnes u. a.) abgeschlossene „Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen“ vervollständigte den Verrat der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer an der Revolution. Der am 11. 11. in Berlin gegründete Spartakusbund (-> *Spartakusgruppe*) war bestrebt, die Massen unter der Losung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ für die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel der sozialistischen Republik zu gewinnen. Das entsprach den Bestrebungen der Mehrheit der Arbeiterklasse, die den Sozialismus wollte, aber zumeist den rechten Führern der Sozialdemokratie folgte, weil sie deren Demagogie Glauben schenkte und noch nicht verstand, daß die Entmachtung des Imperialismus Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt ist. Die Regierung Sowjetrußlands begrüßte die N. Auf Anweisung W. I. Lenins sollte die deutsche Revolution durch Getreidelieferungen unterstützt werden; der „Rat der Volksbeauftragten“ lehnte dieses Angebot ab und setzte statt dessen den Krieg gegen die Sowjetmacht mit

„Grenzschutz“formationen und Freikorps fort. Der vom 16. bis 21.12. in Berlin tagende 1. Allgemeine Kongreß der ASR Deutschlands bildete einen Wendepunkt der N.; er widerspiegelte das zugunsten der Konterrevolution veränderte Kräfteverhältnis. Die Mehrheit der Delegierten, in kleinbürgerlichen, reformistischen Illusionen befangen, übertrug dem konterrevolutionären „Rat der Volksbeauftragten“ die gesetzgebende und vollziehende Gewalt und beschloß die Durchführung von Wahlen zur bürgerlichen Nationalversammlung am 19.1.1919. Damit entschied der Kongreß in der Grundfrage der Revolution, der Frage der Macht, für den bürgerlichen Staat. In der Erkenntnis, daß die Schaffung einer revolutionären Kampfpartei zur dringendsten Aufgabe geworden war, gründeten die im Spartakusbund vereinigten konsequentesten Vertreter der revolutionären deutschen Arbeiterklasse die *Kommunistische Partei Deutschlands* (Gründungsparteitag vom 30. 12. 1918-1.1. 1919). Anfang Jan. 1919 hielt die Konterrevolution die Zeit für gekommen, die N. mit militärischer Gewalt niederzuwerfen. Die revolutionären Kräfte erlitten in den von der herrschenden Klasse provozierten Januarkämpfen eine entscheidende Niederlage; K. Liebknecht und R. Luxemburg wurden am 15. 1. 1919 von der konterrevolutionären Soldateska ermordet. Besiegelt wurde die Niederlage durch die Wahlen zur Nationalversammlung (19.1. 1919). Indem die Arbeiterklasse in der N. das monarchistische Regime stürzte, die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik erzwang und demokratische Rechte und Freiheiten sowie den Achtstundentag erkämpfte, eroberte sie günstigere Positionen für den